



Hayek
Institut
Friedrich August v. Hayek Institut

DAS BARGELD IST TOT - LANG LEBE DAS BARGELD!



Friedrich August v. Hayek Institut
Grünangergasse 1/15-1
1010 Wien
Tel: +43 1 505 13 49 -31
office@hayek-institut.at
www.hayek-institut.at

von Michael Messal

Die EU, europäischer Garant für Frieden, Freiheit, Stabilität und Demokratie; Dass diese noblen Grundwerte in entscheidenden Fragen über Bord geworfen werden, ist mehr als besorgniserregend. Eigennützig, undemokratisch und über die Maßen bürokratische Institutionen sind in Brüssel eher die Regel, als die Ausnahme. Doch damit nicht genug; Nun steht auch noch die mit vielen Leben erkämpfte Freiheit unter Beschuss, denn wie es scheint, wird still und heimlich die Abschaffung des Bargelds vorbereitet. Eine nicht zu unterschätzende Entmündigung.

Viele Befürworter nennen die Bekämpfung von Kriminalität oder Terrorismus als Argument für die Abschaffung von Bargeld. Dabei berufen sie sich oft auf eine Aussage des US-amerikanischen Schach-Großmeisters und Ökonomen Kenneth S. Rogoff. Laut Rogoff werden bis auf einen kleinen Anteil nahezu alle im Umlauf befindlichen 100-Dollar-Scheine für illegale Aktivitäten wie etwa den Drogenhandel verwendet.^[1] Bargeld, so das Argument, trage so dazu bei, Schwarzmarktgeschäfte zu ermöglichen, wodurch dem Staat jährlich rund 50 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen entgingen.

Alternativen zur Bargeldabschaffung halten die Plastikgeld-Befürworter indes für nicht praktikabel. Argumente, dass etwa niemand die vergleichsweise kleinen Beträge, um die es im Drogenhandel beim Endverbraucher geht kontrollieren kann, laufen ins Leere. Weiter zeigt eine Untersuchung der deutschen Volkswirtin Heike Mai, dass die meisten Terrorangriffe in Europa unter 10.000 Euro gekostet haben. Auch solche Beträge würden in einem rein elektronischen Geldsystem wohl kaum Aufmerksamkeit erregen, gibt es doch täglich Millionen von Transaktionen in dieser Größenordnung.

Weitere Gründe die für einen Erhalt des Bargelds sprechen, verhallen ebenso ungehört. Es scheint, als sei der Schutz vor Ausbeutung und Enteignung, den Bargeld bietet, bedeutungslos. So etwa bei Frauen in prekären Beziehungen jeglicher Art. Ein Bargeld-Bann hätte dadurch ganz konkrete Folgen für ohnehin benachteiligte Personen.

Darüber hinaus könnte eine mögliche Bargeldabschaffung zu Enteignung führen, beispielsweise über negative Zinsen auf Sparkonten. Solange es noch Bargeld gibt, ist es nahezu unmöglich negative Einlagezinsen zu erheben. Jedem Betroffenen steht es dann nämlich frei,

sein Vermögen von der Bank abzuheben und Zuhause „unter der Matratze“ zu verstauen. So verliert es zwar auch aufgrund der Inflation an Wert, aber ein zusätzlicher Wertverlust durch Negativzinsen kann vermieden werden.

Kein Wunder also, dass die EU fleißig an der Abschaffung des Bargelds arbeitet. Unter anderem führt die andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Filialsterben von Banken, vor allem im ländlichen Raum. Viele Rentner und in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen können ein Lied davon singen, wie schwer es mittlerweile vielerorts geworden ist, an Bargeld zu gelangen.

Darüber hinaus hat die EZB 2016 beschlossen, die Ausgabe von 500 Euro-Scheinen einzustellen. Ein möglicher erster Schritt auf dem Weg einer totalen Bargeldabschaffung. Außerdem hat das EU-Parlament sich erst im Mai diesen Jahres mit der EU-Kommission auf neue Regeln geeinigt, die Behörden schon bei dem kleinsten Verdacht auf „Bargeldschmuggel“ zu Kontrollen befähigt. Zusätzlich sollen die Zollkontrollen bei Postsendungen auf Prepaid-Kreditkarten und andere Wertgegenstände ausgedehnt werden.

Ohnehin haben schon viele EU-Staaten eine Höchstsumme für Bargeldzahlungen installiert. Diese liegt beispielsweise in Italien bei 2.999,99 Euro, in Frankreich und Portugal bei 1.000€ und in Griechenland sogar bei nur 500€. Bei einem Verstoß drohen teils sehr empfindliche Strafen.

Eine Abschaffung des Bargeldes bedeutet neben der Bedrohung für Sparvermögen auch einen massiven Eingriff in grundlegende Freiheitsrechte und die Privatsphäre. Wenn Bürger nicht mehr entscheiden können, ob sie Bar oder mit Karte zahlen wollen, wird ein großes Stück an Freiheit eingebüßt. Auch stellt die alleinige Existenz von elektronischem Geld einen nicht minder schweren Eingriff in die bürgerliche Privatsphäre da. Big Brother lässt grüßen.

Elektronische Zahlungen können von Banken und darüber letztlich auch anderen Institutionen lückenlos zurückverfolgt werden. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum gläsernen (EU-)Bürger. Ein komplett bargeldloses Bezahlungssystem stellt außerdem ein Sicherheitsrisiko dar. Im Falle eines Strom- oder Netzwerkausfalls könnte künftig das Bezahlen für ganze Banken oder Länder unmöglich machen. Dieses

Szenario ist nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Bedrohungslage erschreckend. Kriminelle könnten, wenn sie erst einmal in ein System eingedrungen sind, Milliarden Euro erbeuten und so sehr unzählige Menschen um ihr Vermögen bringen.

Aber es gibt Hoffnung. Noch ist das Bargeld nicht abgeschafft, noch kann es gerettet werden. Wie? Ganz einfach. Ein

jeder Europäer kann dazu beitragen, indem er ganz einfach Bargeld nutzt. So kann wesentlich dazu beigetragen werden, dass Bargeld auch in Zukunft als legales Zahlungsmittel anerkannt wird. Nur so kann eine freie, stabile und lebenswerte Gesellschaft auch in Zukunft verwirklicht werden. Denn wie jeder weiß: „Nur Bares ist Wahres.“

[i] Vgl. Rogoff, Kenneth S. (2014): The Curse of Cash, Princeton University Press, Oxford.